

Beuth findet Zusammenarbeit „herausragend“

ENERGIE Innenminister übergibt 100 000-Euro-Zuwendungsbescheid für Solarpark in Albach / Im ersten Jahr Strom für 1100 Haushalte erzeugt

KREIS GIESSEN (vb). Der Solarpark auf der Albacher Erddeponie hat im ersten Jahr seines Betriebes die geplanten 4,5 Megawatt Strom erzeugt, die ausreichen, um den Bedarf von 1100 Haushalten zu decken. Um die gleiche Menge Energie mit Heizöl zu erzeugen, hätte es davon eine Million Liter gebraucht. Mit diesen Informationen beeindruckte Solarpark-Geschäftsführer Franz Borgmann gestern Nachmittag Innenminister Peter Beuth. Der CDU-Politiker hatte bei seinem Besuch einen Zuwendungsbescheid über 100 000 Euro mitgebracht. Damit würdigt das Land die interkommunale Zusammenarbeit von Fernwald, Buseck, Reiskirchen, Wettengel, Linden, Pohlheim und Lich bei dem 5,1-Millionen-Euro Projekt. Der Strom wird in rund 19 000 Modulen auf einer Fläche von 6,6 Hektar erzeugt.



Die Bürgermeister Dietmar Kromm (Reiskirchen), Bernd Klein (Lich), Stefan Bechthold (Fernwald), Thomas Brunner (Wettengel) und Erhard Reinl (Buseck) freuten sich zusammen mit Pohlheims Erster Stadträtin Anja Sames-Postel, Solarpark-Geschäftsführer Franz Borgmann und Claus Spandau, Geschäftsführer des Kompetenzzentrums für interkommunale Zusammenarbeit, über den Zuwendungsbescheid, den Innenminister Peter Beuth überreichte. Foto: Böhm

Fernwalds Bürgermeister Stefan Bechthold erinnerte an die Historie des Geländes als Raketenstation und dann als Erdlager. Als dessen Renaturierung anstand, kam die Idee auf, einen Solar-

park zu errichten. Bechthold sprach von einer „logistischen Meisterleistung und Herausforderung für alle Beteiligten“. Der Solarpark wird als GmbH & Co. KG geführt, an der die Kommunen

sowie die Firmen Lück und Wagner Solar und die Stadtwerke Gießen beteiligt sind. Um die Bürgerbeteiligung kümmerte sich die Busecker Bürgerenergiegenossenschaft Sonnenland mit einem

Anteil von 20 Prozent. Diesen haben laut Borgmann 70 Personen übernommen. Bechthold lobte Claus Spandau, den Geschäftsführer des Kompetenzzentrums für interkommunale Zusam-

menarbeit in Hessen, für dessen „offenes Ohr“ und kündigte weitere Projekte an, für die man ebenfalls auf eine wohlwollende Prüfung hoffe.

Der Innenminister fand die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Energiewende „herausragend“. Eine Kommune allein hätte das Projekt nicht stemmen können. Die neue Landesregierung wolle das Engagement der Städte und Gemeinden bei der Energiewende erleichtern, denn man brauche die Kommunen in diesem Bereich. Die interkommunale Zusammenarbeit solle landesweit gefördert werden. Seit 2009 seien hierfür in 90 Projekte sieben Millionen Euro geflossen.

Bechthold verwies darauf, dass es sich um den größten interkommunalen Solarpark der Region handle. Die interkommunale Zusammenarbeit sei sicher der Schlüssel der Zukunft, aber nichts, um kurzfristig den Haushalt zu konsolidieren. „Wer kurzfristig denkt, der irrt“, so der Fernwälder Bürgermeister.



Feuerwehr als Sanitäter

In Lich trafen sich Einsatzkräfte der Feuerwehren Reiskirchen, Pohlheim, Buseck und Lich zur zweiten Fortbildungsveranstaltung der „Feuerwehrsanitäter im Landkreis Gießen“. Dieses Projekt weckte auch das Interesse anderer freiwilliger Feuerwehren und so war auch ein Feuerwehrsanitäter von der Feuerwehr Hungen anwesend, um an der gemeinsamen Fortbildung teilzunehmen. Die Ausbilder Daniel Wurmbach (Lehrrettungsassistent, Pohlheim), Christopher

Menges (Rettungsassistent, Lich) und Björn Damm (Fachkrankenpfleger und Rettungssanitäter, Reiskirchen) hatten sich viele praktische Übungen ausgedacht, um das theoretische Fachwissen in der Praxis anzuwenden. Sanitäter der Feuerwehr sind speziell ausgebildete Feuerwehrreinsatzkräfte, die sich zwei Wochen an der Landesfeuerweherschule in Kassel weiterbilden. Die nächste Fortbildung findet am 12. Juli in Buseck statt. Fotos: Red



Von ÖPNV bis Ukraine – Gast aus Berlin hatte alles drauf

WAHLKAMPF Grüne hatten Anton Hofreiter zum Infoabend nach Grünberg eingeladen

KREIS GIESSEN (aso). Unterschiedlicher konnten die beiden Themen kaum sein, zu denen der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Dr. Anton Hofreiter, in der Grünberger Gallushalle sprach: „Mobilität im ländlichen Raum“ und Ukraine. Die beiden Grünen-Politiker Reinhard Ewert (Grünberg) und Christian Zuckermann (Allendorf/Lumda) moderierten die Informationsveranstaltung.

Hofreiter arbeitete zunächst die unterschiedlichen Anforderungen an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in einem Ballungsgebiet und einer ländlichen Region heraus und stellte fest, dass Gemeinden mit schlechter Verkehrsanbindung schnell zu Verliererregionen werden: Die Menschen wandern in wachsende Ballungsräume ab.

Wo jedoch der ÖPNV gut aufgestellt ist, wachse auch die Region. Wird ein neues ÖPNV-Konzept aufgestellt, werden zu schnelle Verhaltensänderungen der Bürger erwartet, führte Hofreiter aus. Hier müsse sich die Politik an das Konzept des Verkehrsplaners halten und nicht durch politische Entscheidungen Änderungen herbeiführen, die die Attraktivität des Angebotes herabsetzen. Das Konzept müsse mindestens drei Jahre durchgehalten werden, denn das Mobilitätsverhalten der Bürger ändert sich nur langsam.

Drei Prinzipien seien zu beachten: Linie, Takt und Knoten. Linie heißt, die Peripherie nicht um jeden Preis mitzu-



Im Bundestag ist der Grüne Anton Hofreiter Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. In Grünberg sprach er über Mobilität im ländlichen Raum und die Lage in der Ukraine. Neben ihm Christian Zuckermann von den Grünen aus Allendorf/Lumda. Foto: Sommer

Gelder ausgibt, die in Deutschland und Europa für den Nah- und Fernverkehr genutzt werden könnten.

Ein düsteres Bild malte Hofreiter von der Situation in der Ukraine. Der Staat hätte nach dem Zerfall der UdSSR seine Atomwaffen unter der Maßgabe abgebaut, dass ihm die vier Schutzmächte Frankreich, Großbritannien, USA und Russland seine territoriale Integrität garantierten. Das sei aber nicht geschehen. „Der

Vertragsbruch durch Russland war katastrophal.“

„Wir stehen vor einem Staatszerfall mitten in Europa und es gibt wenig etablierte Maßnahmen, um damit umzugehen“, so Hofreiter. Er bemerkte auch eine gewisse Ratlosigkeit innerhalb der Bundesregierung, glaubt aber auch, dass Außenminister Steinmeier derzeit angemessen handelt. Nun gelte es, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen und alle an einen Tisch zu holen, sagte er abschließend.

Vertragsbruch durch Russland war katastrophal.“

„Wir stehen vor einem Staatszerfall mitten in Europa und es gibt wenig etablierte Maßnahmen, um damit umzugehen“, so Hofreiter. Er bemerkte auch eine gewisse Ratlosigkeit innerhalb der Bundesregierung, glaubt aber auch, dass Außenminister Steinmeier derzeit angemessen handelt. Nun gelte es, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen und alle an einen Tisch zu holen, sagte er abschließend.

Kompliziertes Verfahren zu jagdfreien Grundstücken

HUBERTUS Seminarreihe im Holz- und Technikmuseum informierte über Rechtsfragen / Dieter Mackenroth mit Interesse und Referenten sehr zufrieden

KREIS GIESSEN (red). Der Jagdverein Hubertus Gießen und Umgebung hatte seinen Mitgliedern und Gästen einen viertägigen Schulungsblock Jagdrechtsseminare angeboten, der in erster Linie dazu dienen sollte, das notwendige Basiswissen zu vertiefen. Hierzu konnte Dozent Peter Seibert aus Biebertal gewonnen werden. Im Holz- und Technikmuseum in Wißmar fanden dann an vier Abenden die Fortbildungsveranstaltungen statt.

Peter Seibert ist Dezernent und berichterstattender Richter für Jagd Waffen und Tierschutzrecht beim Verwaltungsgericht in Gießen, Mitglied im Deutschen Jagdrechtstag und stellvertretender Jagdvorsteher der Gemeinde

Biebertal. Er ist Jäger und Jagdpächter und für den Landesjagdverband Hessen in verschiedenen Ausschüssen tätig.

Alle vier Vortragsveranstaltungen waren ausgebucht und Hubertus-Vorsitzender Dieter Mackenroth begrüßte jeweils etwa 30 Teilnehmer. Mit dabei auch die Jagdbehörde in Gießen vertreten durch Jürgen Scheffler und Janina Römer sowie der Kreisjagdberater Dr. Ekkehart Hammermann.

Am vierten und letzten Fortbildungsabend der Veranstaltungsreihe Jagdrecht fasste Peter Seibert noch ein-

mal zusammen: „Jagdrecht ist eine Materie, die oft mit Angst und Widerwillen angesehen wird.“ Umso mehr sei das inzwischen gewachsene Interesse an dem Thema in der Jägerschaft sehr zu begrüßen.



Peter Seibert

Das Schwerpunktthema des letzten Abends war der neue Paragraph 6a des Bundesjagdgesetzes, der die Befriedung von Grundflächen aus ethischen Gründen möglich macht. Betroffen werden die Jagdgenossenschaften sein. In Hessen seien derzeit allerdings erst vier Fälle in Gang gekommen, in denen Menschen

aus Gewissensgründen nicht wollen, dass auf ihrem Grundstück die Jagd ausgeübt wird. Die Jäger könnten damit leben, für die Antragsteller werde es durchaus kompliziert sein.

Nicht einfach und zeitintensiv sei das Verfahren, das dann bei der Jagdbehörde beantragt werden müsse und einerseits einer Gewissensprüfung ähnele, andererseits die Belange aller Betroffenen wie Jagdgenossenschaft, Jagdpächter, angrenzende Grundstücke, Jagdbeirat, Träger öffentlicher Belange einbeziehe, wie der anwesende Leiter der Jagdbehörde Gießen, Jürgen Scheffler bestätigte. In dem anstehenden Verwaltungsakt würden dann Gutachten notwendig werden, in denen auch Aspekte

der Hege und Tierseuchenbekämpfung sowie forstwirtschaftliche und naturschutzrechtliche Belange geprüft werden müssten.

Die befriedeten Grundstücke dürften einerseits nicht mehr von den Jägern betreten werden, Wildfolge aus tierschutzrechtlichen Gründen bleibe allerdings notwendig. Und der Wildschadensersatz bleibe für diese Grundstücksbesitzer dann aus. Bisher seien nach dem Bundesjagdgesetz nur natürliche Personen berechtigt, ihre Grundstücke von der Jagd freizustellen. Doch auch die anerkannten Naturschutzverbände wollten gerne Gewissensfragen in Jagdsachen für sich beanspruchen.

Foto: red